

"... aus dem Erinnerungsschatten holen"

Zu Konzeption und Gestaltung der Gedenkstätte Stalag 326



„HIER RUHEN DIE IN DER FASCHISTISCHEN GEFANGENSCHAFT ZU TODE
GEQUÄLTEN 65.000 RUSSISCHEN SOLDATEN.

RUHET IN FRIEDEN

1941–1945“

(Inscription auf dem Denkmal)

Dr. Rosa Rosinski, Dr. Jupp Asdonk, Hermann Taube

Rosa Luxemburg Club Bielefeld mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Bielefeld, Juni 2021

A. Anmerkungen zur Politik des Gedenkens

"Hier in Schloß Holte–Stukenbrock erinnern wir in dieser Stunde an eines der größten Verbrechen in diesem Krieg: Millionen von Soldaten der Roten Armee sind in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben gebracht worden – sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet. Millionen von Kriegsgefangenen, die doch nach Kriegsvölkerrecht und internationalen Verabredungen in der Obhut der Deutschen Wehrmacht standen....

Anders als im Westen war der Krieg im Osten vom nationalsozialistischen Regime von Anfang an als ein Weltanschauungs- und Vernichtungs- und Ausrottungskrieg geplant."

(aus der Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck am 06. Mai 2015 in Schloß Holte-Stukenbrock, zum 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs).

1.

Stalag 326 ist ein zentraler Ort des Systems der Ausbeutung und Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen, der „Vernichtung durch Arbeit“, im nationalsozialistischen Deutschland.. Dies muss die grundlegende Orientierung für das Gedenken an diesem Ort und damit für alle Überlegungen und Entscheidungen zu Konzeption und Gestaltung der Gedenkstätte sein und bleiben. Unverzichtbarer Teil der Gedenkstätte ist der Ehrenfriedhof für die sowjetischen Kriegsgefangenen. Er ist Sachzeuge und Beglaubigungsort für den Terror des Lagers und die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus und steht allen Versuchen der Leugnung und Verharmlosung entgegen.

2.

Viele Jahre lang haben sich antifaschistische zivilgesellschaftliche Gruppen insbesondere der Arbeitskreis "Blumen für Stukenbrock" und der "Förderverein Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K) Senne" vor Ort für das Gedenken und die Erinnerung eingesetzt. Sie sollten umfassend in den Prozess der Konzeption und Gestaltung der Gedenkstätte einbezogen werden.

3.

Der Landtag NRW und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) haben die von Gauck formulierte Grundorientierung in ihren Entscheidungen zur Gedenkstätte Stalag 326 zunächst übernommen:

- "...verabschiedete der Landtag von Nordrhein-Westfalen am 25. 11 2016 ohne Gegenstimmen eine Entschließung zur weiteren Pflege und zum Ausbau von **NS-Erinnerungsorten in NRW**, die ausdrücklich auf das Stalag 326 und die Rede des Bundespräsidenten Bezug nahm..."(Sachstandsbericht des LWL vom 18.5.2020),
- "Zum 01.01.2020 ist beim LWL-Museumsamt eine eigene Förderrichtlinie für **NS-Gedenkstätten** eingerichtet worden..." (41. Sitzung des LWL, 26.06.2020)

4.

Die „Regionale Arbeitsgruppe OWL“ im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ argumentiert ähnlich wie Gauck: "Rassistischer Antisemitismus und mörderischer Antibolschewismus verbanden sich im Krieg gegen die Sowjetunion, der von der deutschen

Wehrmacht als ein ideologischer Vernichtungskrieg geführt wurde. Die Gefangenschaft bedeutete für die sowjetischen Kriegsgefangenen – anders als für Angehörige der westlichen Alliierten - nicht etwa, diesem Krieg entkommen zu sein, sondern sie bedeutete die Fortsetzung des Vernichtungskrieges mit anderen Mitteln"¹

Vor diesem Hintergrund wäre eine gedenkpolitische Konkretisierung und Umsetzung der zitierten Stellungnahmen im Sinne der Aussagen von Joachim Gauck zu erwarten gewesen - das aber ist nicht der Fall!

Die bisher vorgelegten Papiere des "Lenkungs- und Steuerungskreises" (unter dem Vorsitz des Präsidenten des NRW-Landtags und des Direktors des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) - das sind Sachberichte, Stellungnahmen, Protokolle und Denkschriften - sprechen eine andere Sprache. Sie relativieren das Gedenken an die verbrecherische und rassistische Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Stalag 326 und an die Mitverantwortung der Wehrmacht.

5.

Die "Machbarkeitsstudie" (MBS) des Planungsbüros Brückner, Stuttgart, die vom LWL in Auftrag gegeben worden ist, ist die aktuelle planerische Grundlage der „Neuen Gedenkstätte Stalag 326“. Sie ist der interessierten Öffentlichkeit erst spät und zunächst nur in Teilen vorgelegt worden. Zentrale Funktion in dieser Studie haben die Konzepte "**Zeitschichten**" und "**Das Lager wird überall gemacht**". Diese Konzepte sind leitend für die Vorschläge zur Darstellung und pädagogischen Präsentation in der geplanten Gedenkstätte.

6.

Das Konzept "**Zeitschichten**" verdeckt mit der geografischen Übereinstimmung des Ortes entscheidende politische Differenzen. Es will auch die "Nachgeschichte des Lagers" thematisieren, d.h. die Nutzung als Internierungslager für angeklagte Nazi-Funktionäre, als Lager für Flüchtlinge und Vertriebene („Sozialwerk Stukenbrock“), schließlich für Aussiedler aus der DDR. "Auch die Geschichte dieser Lagererfahrungen wird die Gedenkstätte erzählen", denn: "Die Auseinandersetzung mit dem Ankommen in einer „neuen Heimat“ ist in der heutigen Einwanderungsgesellschaft aktueller denn je."² **Die faschistischen Verbrechen sind in diesem Gestaltungsrahmen nur eine erste Zeitschicht.**

Die Spur dieses Konzeptes findet sich u.a. in den Jahren 2020 und 2021 in Sitzungen/Videokonferenzen des LWL und der "Lenkungs- und Steuerungsgruppe":
-"... Frau Dr. Rüschoff-Parzinger berichtet über den finalen Stand der Machbarkeitsstudie. Sie hebt hervor, dass in der Konzeption der zukünftigen Gedenkstätte alle Zeitschichten erfasst werden." (29.06.2020)³

- "... sowie die Präsentation der unterschiedlichen Zeitschichten im Hinblick auf die Nutzung des Geländes des ehemaligen Stalag 326 ins Auge gefasst."⁴

¹ Gegen Vergessen - für Demokratie e.V. - Regionale Arbeitsgruppe Ostwestfalen-Lippe in: "Denkschrift zum Ausbau der Gedenkstätte „Kriegsgefangenenlager Stalag 326“ in Stukenbrock/Senne. Ein europäischer Erinnerungsort gegen rassistische Gewalt - für Versöhnung und Verständigung." (April 2020)

² in: H.H. Kutscher u.a.: "Licht in den Erinnerungsschatten bringen", in: Heimat Westfalen, Ausgabe 1/2021, S. 28).

³ Protokoll der Sitzung der Lenkungs- und Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung der Gedenk- und Dokumentationsstätte STALAG 326 VI K im Rahmen einer Videokonferenz am 15.03.2021

Im "Letter of intent" dagegen, der zwischen dem Land NRW, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und den beteiligten Kreisen und Kommunen in der Region als Absichtserklärung für Konzeption und Gestaltung der Gedenkstätte gedacht ist, wird das Modell der "Zeitschichten" nicht erwähnt.⁵

7.

Die Kernbotschaft: **"Das Lager wird überall gemacht"** leitet die Machbarkeitsstudie ein. Mit dem Leitmotiv des „transitorischen Lagers“ wird ein peripheres Thema in das Zentrum gerückt. Damit werden die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen ebenso als eine "Lagererfahrung" dargestellt wie die Bedingungen der späteren Unterbringung auf dem gleichen Gelände. Ursachen und Verantwortung für das Kriegsgeschehen und für die - auch im Stalag 326 praktizierte - Politik der Vernichtung und die mörderischen Bedingungen der Gefangenschaft treten in dieser Formel zurück hinter die gleichmachende Perspektive des "Lagers". In den Hintergrund tritt ebenfalls, dass im Stalag 326 und an anderen Orten hunderttausende Kriegsgefangene nicht nur "angekommen" sind, sondern gequält und ermordet wurden. Mit dieser konzeptionellen Entscheidung werden der Terror der Wehrmacht und ihre Strategie der „Vernichtung durch Verhungern“ im Lager selbst in den Hintergrund gedrängt.

8.

Die Widersprüche von Gedenken, Verleugnung oder Verharmlosung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen und des Gedenkortes Stalag 326 in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigen die Schwierigkeit, mit der Vergangenheit umzugehen. Die deutsche Nachkriegsgeschichte war lange geprägt von Verleugnung oder Verharmlosung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen und des Gedenkortes Stalag 326. Vorbehalte, mit der Vergangenheit ehrlich umzugehen und der mahnenden Initiative von Ex-Bundespräsident Gauck zu folgen, sind immer noch nicht ausgeräumt.

9.

So verschiebt die Forderung nach der "Gesamtkonzeption einer räumlich und inhaltlich erweiterten Gedenkstätte", die nicht nur die Nazi-Kriegsgefangenschaft, sondern Kriegsgefangenschaft allgemein "bis in die Gegenwart thematisiert", und die "Gemeinsamkeit des Schicksals als Kriegsgefangene" aufzeigen soll, erneut den Schwerpunkt und relativiert Gewalt, Geschäft und Hungermord im Nationalsozialismus. Dies gilt ebenso für die geplante Darstellung des Ortes als Flüchtlingsunterkunft in den 1950er und 60er Jahren. Auch diese Nutzung hatte ihre Ursache im von Nazideutschland begonnenen Weltkrieg. Wenn schließlich "Ausstellung und Bildungsmaterial auch auf die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion im und nach dem Zweiten Weltkrieg eingehen" sollen, stellt sich erneut die Frage nach der grundlegenden Orientierung des Gedenkens an diesem Ort. Antifaschistisch wird man die Botschaft der Gedenkstätte an dieser Stelle nicht mehr nennen können.⁶

⁴ a.a.O.

⁵ vgl.: <https://www.lwl.org/pressemitteilungen/daten/anlagen/014000/14742.pdf> (zuletzt aufgerufen am 25.5.2021)

⁶ vgl.: Gegen Vergessen - für Demokratie e.V.: "Denkschrift"

10.

Die Vorschläge für eine thematische und methodische Erweiterung des Gedenkortes Stalag 326 und für ein neues Raum-, Darstellungs-, Bildungs- und Betreuungskonzeptes werfen weitere Fragen auf. z.B.:

- In welcher Weise soll der Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen einbezogen werden?
- Welchem Zweck soll eine "institutionalisierte Zusammenarbeit" mit Bundeswehr und Polizei dienen und welchen Ertrag erhofft man für die Besuchergruppen?
- Welche Gedenkstätten-bezogenen Interessen, jenseits von Erholungs- und Unterhaltungswünschen, sollen TouristInnen, die zuerst die Emsquellen, dann den Safari-Park in der Senne besuchen, schließlich in die Gedenkstätte Stalag 326 führen?

Von jährlich 200 000 BesucherInnen zu sprechen, ist jedenfalls unrealistisch und zeigt, dass hier mit Zahlen statt mit Inhalten argumentiert wird.

11.

Fragwürdig ist aus unserer Sicht, wenn der Vorschlag für ein "offenes" Gedenkstättenkonzept, in dem auch "emotionalisierte Themen" angesprochen werden, mit dem Beispiel erläutert wird, die "Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion nach dem Kriege", zu vergleichen. Ein ähnlich irritierendes Beispiel ist die Frage, "ob die alliierten Maßnahmen (d.h. hier: die Internierung von Kriegsverbrechern und NSDAP-Funktionären nach Ende des Weltkriegs - J.A.) erfolgreich, nur eine vorübergehende Notmaßnahme oder gar Schikane waren."⁷ Offen bleibt, welche Maßstäbe für solche Vergleiche herangezogen werden sollen bzw. wie man Unvergleichbares vergleichen will.

12.

Schließlich ist zu kritisieren, dass die bisherige öffentliche Berichterstattung über Intentionen und Konzeptionen der Gedenkstättenplanung in den lokalen und (über-)regionalen Medien unzureichend und tendenziös ist. So konnte z.B. Elmar Brok, Mitglied des Lenkungskreises, und CDU-Aktivist, prominent und unwidersprochen von einem "Mahnmal gegen alle Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts" und einem "Gedenken an zwei Diktaturen" sprechen. (in: "Neue Westfälische, 31.12.2020)

B. Stalag 326: Gedenkort und Lernort

1.

Lernen aus der Geschichte - das Gedenken vertiefen

Mit "Stalag 326" wird möglicherweise die letzte große Gedenkstätte in unserem Land geplant. Umso wichtiger sind Antworten auf die Frage, welchen Ansprüchen sie gerecht werden muss. Um einer Schräglage der Erinnerungskultur zu begegnen, erfordert es historische Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit.

⁷ a.a.O.

Das bedeutet zuallererst, die bisherige Instrumentalisierung von Erinnerung durch eine konservative Politik, die seit der unmittelbaren Nachkriegszeit die vergangenen Jahrzehnte geprägt hatte, aufzudecken. Die historische Entkontextualisierung und Entgrenzung der Erinnerung in der Machbarkeitsstudie (MBS) des Ateliers Brückner ist aus der Perspektive eines deutschen negativen Gedächtnisses⁸ (so der Historiker Reinhard Koselleck) nicht akzeptabel. Deutschland hat sich seines historischen Erbes zu stellen. Die Voraussetzungen und die Geschichte des Nationalsozialismus als Gesellschaftsverbrechen müssen in ihrer Gesamtheit als Wissen bewahrt werden (so Volkhard Knigge, ehem. langjähriger Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald). Dieses Gedenken muss auch zum Leitgedanken einer neuen Stalag326-Gedenkstätte werden. Somit verbietet sich die thematisch ausufernde Erweiterung des Konzeptes der "Zeitschichten", wie sie in der MBS vorgeschlagen wird.

2.

Ein (Ge-) Denkort: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken.

Prof. Dr. Jens Christian Wagner, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Weimar, sagt dazu: "Dem heutigen zunehmenden Rechtsruck in Politik und Gesellschaft muss im Sinne politisch- historischer Interventionen eine ethisch und wissenschaftlich fundierte gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegengesetzt werden."⁹

Damit ist die Frage nach der Arbeitsperspektive von Gedenkstätten neu gestellt. Um sicherzustellen, dass „so etwas nicht wieder passieren kann“, ist es unausweichlich zu verstehen, „wie es passieren konnte“. Dafür braucht es einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der faschistischen Bewegung nach dem 1. Weltkrieg und in der Zeit der Weimarer Republik sowie auf ihre Protagonisten und Unterstützer in den deutsch-nationalen Parteien und in der Großindustrie. Reflexion, Nachdenken, historisches Wissen und Verstehen des Geschehenen müssen also das Ziel der Bemühungen sein. Die historischen Orte der NS-Verbrechen sind dabei heute als Gedenkstätten und besondere Orte der Erkenntnis, als wichtige gesellschaftliche Institutionen dieser Wissensvermittlung, unverzichtbar.

Diese Aufgaben sollten im Mittelpunkt der Arbeit an Konzeption und Gestaltung einer neuen Gedenkstätte Stalag 326 stehen.

3.

Ein Bildungsort: Aspekte für ein innovatives, interdisziplinäres und zukunftstaugliches pädagogisches Konzept

Hier bestehen seit langem Defizite. Volkhard Knigge und Norbert Frei bemerkten schon vor Jahren „dass eine nicht nur moralische, sondern auch kontinuierliche, praxisinformierte, curriculare, geschichtsdidaktisch-pädagogische, medientheoretische, museologische und ästhetische Debatte hinsichtlich der Gestaltung dieser Erinnerung weitgehend fehlt“. „Nicht

⁸ Die negative Erinnerung wird definiert als „eine gegen vielfältige Widerstände durchgesetzte und immer wieder durchzusetzende Nebenform gesellschaftlicher Gedächtnisbildung, die davon ausgeht, dass Erinnerung nur dann substantiell humanisierend und demokratisierend wirkt, wenn sie auch die (...) Erinnerung an eigene zu verantwortende oder mit zu verantwortende Unrechts- und Verbrechen Geschichte einschließt“ (Reinhard Koselleck in: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Hg.: Volkhard Knigge und Norbert Frei. München 2002)

⁹ siehe: <https://www.buchenwald.de/315/date/2020/10/01/-160d5aeb81/> (zuletzt aufgerufen am 25.5.2021)

die tatsächlichen, alltäglichen Probleme der Vermittlung und Auseinandersetzung“ standen bisher im Vordergrund.¹⁰

Zeitgemäßes Gedenken sollte eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wirkungen des Nationalsozialismus ermöglichen und zugleich Anregung und Motivation sein, historisches Lernen und aktives Engagement zu verbinden - dies auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten Geschichtsbewusstseins und eines persönlichen Reflektionsvermögens.

Die Lernprozesse sollten daher:

- Aktualitätsbezug herstellen und Handlungsorientierung ermöglichen,
- Rekontextualisierung und Exemplarität als Wege der Auseinandersetzung und der Reflektion einsetzen,
- ethisch fundiertes Lernen und ein historisches Urteilsvermögen vermitteln.

Dazu gehören auch Momente der Irritation und der Verunsicherung in Bezug auf vermeintliches Wissen und auf mitgebrachte Einstellungen.

4.

„Täterorientierung“

Auffällig in der Nachkriegs-Bundesrepublik ist die weitgehende historische Unterbelichtung der TäterInnen, die öffentlichkeitswirksam erst mit der 1. Wehrmachtausstellung in den 1990er Jahren durchbrochen wurde. In den Blick gerieten in deren Folge dann auch die „ganz normalen Deutschen“. Die Beteiligung breiter Bevölkerungskreise am nationalsozialistischen Regime, die TäterInnen, MitläuferInnen und Profiteure, vor allem: ihre Beweggründe, ihre soziale und psychische Konstitution fanden in den letzten Jahren bei Gedenkstättenfachleuten, GesellschaftswissenschaftlerInnen, HistorikerInnen und nicht zuletzt bei PädagogenInnen größere Aufmerksamkeit.

Unseres Erachtens liegt die Herausforderung für die pädagogische Arbeit darin aufzuzeigen, welche Mechanismen auf gesellschaftlicher wie individueller Ebene wirkten, um die damals stabile Grundlage der NS-Herrschaft zu formen. Zum integralen und historischen Lernen gehört daher nicht nur die Beschäftigung mit den NS-Verbrechen, mit den Opfern und Opfergruppen, sondern auch die Beantwortung der Frage nach der Funktionsweise der NS-Gesellschaft, nach den Akteuren, den Täterinnen und Tätern und nach Kontinuitäten in unserer heutigen Gesellschaft.

5.

Pädagogische Zugänge

Bei Jugendlichen erweisen sich biographische Zugänge als wirkungsvoll. Die Opfer in den KZs und Lagern waren ja nicht die alt gewordenen Zeitgenossen, die später so eindrucksvoll und bedrückend von ihren schlimmen Erfahrungen berichteten. Sie waren zur NS-Zeit junge Männer und Frauen von 15, 16 bis 20 Jahren. Wie wurden also Menschen zu „Opfern“? Wie ist es den TäterInnen gelungen, sie dazu zu machen? Im Rahmen etwa eines biografischen Ansatzes gilt es zu fragen: **„Wie konnten Menschen dazu werden?“** Strukturbildend war die „völkische Ideologie“. Die Ursprünge und die langsame Entwicklung komplexer gesellschaftlicher Prozesse wie die Ausgrenzung und Kriminalisierung müssen

¹⁰ siehe: Frei, Norbert; Knigge, Volkhard (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München 2002. In: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-3197> (zuletzt aufgerufen am 25.5.21)

bei der Betrachtung der NS-Herrschaft einen prominenten Platz einnehmen. Sie bedeuteten für die einen die Integration als „Volksgenosse“ und die Gewährung von Vorrechten und Privilegien, für die anderen Stigmatisierung und Ausgrenzung aus der Gesellschaft bis hin zur Internierung und Vernichtung.

Wenn es das pädagogische, wertebildende Ziel von Gedenkstättenarbeit ist, gegenwärtig und zukünftig zu verhindern, dass das, was „schlimm“ war, noch einmal geschieht und Menschen sich noch einmal entmenschen, dann müssen die BesucherInnen Einsichten und Erkenntnisse gewinnen können, dann geht es darum, sie "zum Selberdenken aufzuwiegen". Ihnen stellen sich Fragen wie: »**Könnten auch wir dazu werden?**« oder: »**Sind wir wirklich so?**« Denn was so lange nicht kommunizierbar war, wurde zum Großteil sprachlos an die Folgegenerationen weitergegeben. Dieses zu erhellen, bedarf es neuer innovativer Besucherangebote, für Jugendliche insbesondere auch in der Form von ganz- oder mehrtägigen "Bildungs-Camps". Dafür bieten sich u.a. Kooperationen mit den Bildungseinrichtungen der Region z. B. mit "Haus Neuland" oder dem "Bunten Haus" an, Einrichtungen, die über langjährige Erfahrungen in der Bildungsarbeit verfügen.

6.

Vom Denk- zum Wahrnehmungsort

In einem "Wahrnehmungsraum" sollten BesucherInnen die tieferen Beweggründe unbewusster und verdrängter Motive aufspüren und nachvollziehen können, die einer humanen Entwicklung der Gesellschaft entgegenstanden und entgegenstehen. Unausgesprochenes und Verdrängtes, die Vorurteile und Denkmuster der Elterngeneration, die subtil das kommunikative Gedächtnis prägten, müssen in kritischer Absicht Gegenstand pädagogischer Angebote werden.

Die in der Machbarkeitsstudie angedachte übermäßige Fokussierung auf digitale Angebote ist dafür nicht geeignet. Die vorhandenen oder zu vermittelnden Medienkompetenzen der Jugendlichen und BesucherInnen sollten eher dazu dienen, das unmittelbar Erlebte und Gelernte noch vor Ort auszuprobieren und umzusetzen, „erfahrbar“ zu machen.

Persönlicher Dialog und persönliches Erleben sind unverzichtbar. Darum muss eine zukunftsorientierte Gedenkstätte vor allem eine (Jugend)-Bildungsstätte sein.

7.

Dafür setzen wir uns ein:

Die Gedenkstätte Stalag 326 - und der Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen - sollten auch weiterhin Orte würdiger Trauer für die Angehörigen der damaligen Opfer bleiben, Orte des Gedenkens und des Forschens nach Verschwundenen oder Ermordeten und der wissenschaftlichen Unterstützung dieses Forschens.

Gleichzeitig wünschen wir uns eine tiefgehende Aufarbeitung der Verbrechen der Nazizeit im Rahmen der neuen Gedenkstätte. Ebenso wichtig ist ein breites Engagement der Zivilgesellschaft, um die Entstehung von menschenverachtenden Einstellungen und Haltungen, von „völkischer Ideologie“ und „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) zu verstehen und diesen menschenverachtenden Diskursen entgegen zu treten.